

Stand: 11.02.2026 16:24:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8424

"Umwelt Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft 01.08.2025 - 06.11.2025"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/8424 vom 07.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8813 des UV vom 11.11.2025
3. Beschluss des Plenums 19/8846 vom 13.11.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Umwelt

Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft

01.08.2025 - 06.11.2025

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 32. Sitzung am 7. Oktober 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Wie im [Deal für eine saubere Industrie](#) angekündigt, bereitet die Europäische Kommission derzeit einen Vorschlag für einen Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft vor, der 2026 angenommen werden soll. Hauptziel dieses neuen Rechtsaktes ist es, den Übergang zur Kreislaufwirtschaft in der EU zu beschleunigen. Er soll mehrere Hinderisse ausräumen, z. B. das Fehlen einer ausreichenden Nachfrage nach und das unzureichende Angebot an Sekundärrohstoffen (einschließlich kritischer Rohstoffe) sowie die Fragmentierung des Binnenmarkts für kreislauforientierte Produkte, Abfälle und Sekundärrohstoffe. Ein wichtiger Teil der Analyse ist diese öffentliche Konsultation, mit der die Kommission die Stellungnahmen aller interessierten Parteien einholen möchte.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und

Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Drs. 19/8424

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Umwelt

Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft

01.08.2025 - 06.11.2025

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft wird seitens des Freistaats Bayern ausdrücklich unterstützt. Für die Transformation zur Kreislaufwirtschaft ist es notwendig, europaweit gültige Leitplanken und Anreize zu setzen, die die Wirtschaft langfristig stützen und die Umwelt nachhaltig schonen. Daher wird das Ziel, einen Binnenmarkt für Sekundärrohstoffe zu schaffen, besonders befürwortet. Ebenfalls wird es als zielführend angesehen, das Angebot hochwertiger Recyclingmaterialien zu erhöhen und die Nachfrage nach rezyklierten Materialien in der EU anzukurbeln.

Aus Sicht Bayerns sind bei der Umsetzung der Ziele und der jeweiligen Maßnahmen jedoch einige grundsätzliche Leitgedanken zu beachten. Dazu zählt es, Synergieeffekte zu nutzen und die Transformation gemeinsam mit den beteiligten Akteuren voranzubringen. In Bayern liegt der Fokus bei der Transformation zur Kreislaufwirtschaft daher auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und der Verwirklichung im Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Staat. Der Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft sollte aus diesem Grund keine überbordenden neuen bürokratischen Pflichten mit sich bringen, sondern Anreize setzen, damit Angebot und Nachfrage nach Sekundärrohstoffen nachhaltig gesteigert werden können.

Der Ansatz, die Kreislaufquote (gemessen am Einsatz von recycelten Materialien in Bezug auf ihren Anteil am gesamten Materialverbrauch) zu steigern, wird grundsätzlich befürwortet. Solange ein entsprechender Binnenmarkt nicht geschaffen und EU-Regulatorik nicht vereinfacht und harmonisiert sind, erscheint eine Verdopplung der Kreislaufquote bis 2030 jedoch unrealistisch. Anstatt starrer Quoten-Vorgaben ist es von zentraler Bedeutung, fördernde Rahmenbedingungen für die Transformation zur Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Auch wenn Einverständnis damit besteht, dass die Transformation zur Kreislaufwirtschaft möglichst schnell geschehen sollte, ist es zwingend notwendig, diesen Übergang mit Sorgfalt und Bedacht zu gestalten, um ungewollte Nebeneffekte und eine Schwächung der Wirtschaft zu vermeiden. Dazu gehört auch, einen wirklichkeitsnahen Zeitrahmen einzuräumen, um die strukturellen Änderungen sowohl von unternehmerischer als

auch von staatlicher Seite aus umzusetzen. Der Staat/Europa muss durch langfristiges politisches Bekenntnis zur Transformation Vertrauen schaffen und Investitionssicherheit für Unternehmen herstellen.

Ursächlich für den zum Teil langsamen Übergang zur Kreislaufwirtschaft sind nicht in erster Linie heterogene Auslegungen und uneinheitliche Umsetzungen von EU-Vorschriften durch die Mitgliedstaaten, sondern Mängel in der Regulatorik. Häufig verhindert widersprüchliche Regulatorik (z. B. Kriterien im Umgang mit Asbest) die Schaffung eines Markts für Sekundärrohstoffe. Daher ist eine Harmonisierung der Regulatorik eine zwingende Voraussetzung für die Transformation zur Kreislaufwirtschaft. Eine weitere zentrale Grundlage für eine zukunftsweisende, einheitliche Kreislaufwirtschaft ist die Schaffung EU-weiter Standards für Sekundärrohstoffe sowie Produkte mit Sekundärrohstoffgehalten.

Der Fokus auf Elektro- und Elektronik-Altgeräte als einer von zwei Hauptbereichen erscheint nachvollziehbar. Dennoch sollte ein Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft grundsätzlich alle Bereiche in den Fokus nehmen. Eine erfolgreiche Transformation zur Kreislaufwirtschaft kann letztlich nur gelingen, indem alle Branchen und Stoffströme gleichermaßen berücksichtigt werden.

Eine erfolgreiche Kreislaufführung von Abfällen ist mit dem Ausschleusen von Schadstoffen verbunden. Diese müssen in der Regel thermisch behandelt oder – falls nicht behandelbar – deponiert werden. Daher bedeutet eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft auch, die wesentliche Aufgabe von Deponien und thermischen Abfallbehandlungsanlagen als Schadstoffsenke zu erkennen und zu stützen.

Doch nicht nur als Schadstoffsenke leistet die thermische Abfallbehandlung einen Beitrag zum Umweltschutz. Es ist grundlegend für unsere Entsorgungsstruktur, dass Abfälle, die nicht rezykliert werden können oder sollen, einen sicheren und sauberen Entsorgungsweg finden. Dass dies nicht selbstverständlich ist, zeigen Bilder der Vermüllung auf der ganzen Welt. Die thermische Abfallbehandlung und die Deponierung (für nicht-organische Abfälle) sind Entsorgungswege, die auch weiterhin sicher und bezahlbar zur Verfügung stehen müssen, wenn wir vermeiden wollen, dass unser Abfall ungewollte Wege geht.

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Volker Bauer
Christian Hierneis

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat die EU-Konsultation gemäß § 83 d BayLTGeschO endberaten.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat das Konsultationsverfahren in seiner 28. Sitzung am 30.10.2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).

3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat das Konsultationsverfahren in seiner 28. Sitzung am 30. Oktober 2025 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 35. Sitzung am 11. November 2025 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Alexander Flierl

Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt

Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft

01.08.2025 - 06.11.2025

Drs. 19/8424, 19/8813

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft wird seitens des Freistaates Bayern ausdrücklich unterstützt. Für die Transformation zur Kreislaufwirtschaft ist es notwendig, europaweit gültige Leitplanken und Anreize zu setzen, die die Wirtschaft langfristig stützen und die Umwelt nachhaltig schonen. Daher wird das Ziel, einen Binnenmarkt für Sekundärrohstoffe zu schaffen, besonders befürwortet. Ebenfalls wird es als zielführend angesehen, das Angebot hochwertiger Recyclingmaterialien zu erhöhen und die Nachfrage nach rezyklierten Materialien in der EU anzukurbeln.

Aus Sicht Bayerns sind bei der Umsetzung der Ziele und der jeweiligen Maßnahmen jedoch einige grundsätzliche Leitgedanken zu beachten. Dazu zählt es, Synergieeffekte zu nutzen und die Transformation gemeinsam mit den beteiligten Akteuren voranzubringen. In Bayern liegt der Fokus bei der Transformation zur Kreislaufwirtschaft daher auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und der Verwirklichung im Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Staat. Der Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft sollte aus diesem Grund keine überbordenden neuen bürokratischen Pflichten mit sich bringen, sondern Anreize setzen, damit Angebot und Nachfrage nach Sekundärrohstoffen nachhaltig gesteigert werden können.

Der Ansatz, die Kreislaufquote (gemessen am Einsatz von recycelten Materialien in Bezug auf ihren Anteil am gesamten Materialverbrauch) zu steigern, wird grundsätzlich befürwortet. Solange ein entsprechender Binnenmarkt nicht geschaffen und EU-Regulatorik nicht vereinfacht und harmonisiert sind, erscheint eine Verdopplung der Kreislaufquote bis 2030 jedoch unrealistisch. Anstatt starrer Quotenvorgaben ist es von zentraler Bedeutung, fördernde Rahmenbedingungen für die Transformation zur Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Auch wenn Einverständnis damit besteht, dass die Transformation zur Kreislaufwirtschaft möglichst schnell geschehen sollte, ist es zwingend notwendig, diesen Übergang mit Sorgfalt und Bedacht zu gestalten, um ungewollte Nebeneffekte und eine Schwächung der Wirtschaft zu vermeiden. Dazu gehört auch, einen wirklichkeitsnahen Zeitrahmen einzuräumen, um die strukturellen Änderungen sowohl von unternehmerischer als auch von staatlicher Seite aus umzusetzen. Der Staat/Europa muss durch langfristiges politisches Bekenntnis zur Transformation Vertrauen schaffen und Investitionssicherheit für Unternehmen herstellen.

Ursächlich für den zum Teil langsamen Übergang zur Kreislaufwirtschaft sind nicht in erster Linie heterogene Auslegungen und uneinheitliche Umsetzungen von EU-Vorschriften durch die Mitgliedstaaten, sondern Mängel in der Regulatorik. Häufig verhindert widersprüchliche Regulatorik (z. B. Kriterien im Umgang mit Asbest) die Schaffung eines Markts für Sekundärrohstoffe. Daher ist eine Harmonisierung der Regulatorik eine zwingende Voraussetzung für die Transformation zur Kreislaufwirtschaft. Eine weitere zentrale Grundlage für eine zukunftsweisende, einheitliche Kreislaufwirtschaft ist die Schaffung EU-weiter Standards für Sekundärrohstoffe sowie Produkte mit Sekundärrohstoffgehalten.

Der Fokus auf Elektro- und Elektronik-Altgeräte als einer von zwei Hauptbereichen erscheint nachvollziehbar. Dennoch sollte ein Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft grundsätzlich alle Bereiche in den Fokus nehmen. Eine erfolgreiche Transformation zur Kreislaufwirtschaft kann letztlich nur gelingen, indem alle Branchen und Stoffströme gleichermaßen berücksichtigt werden.

Eine erfolgreiche Kreislaufführung von Abfällen ist mit dem Ausschleusen von Schadstoffen verbunden. Diese müssen in der Regel thermisch behandelt oder – falls nicht behandelbar – deponiert werden. Daher bedeutet eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft auch, die wesentliche Aufgabe von Deponien und thermischen Abfallbehandlungsanlagen als Schadstoffsenke zu erkennen und zu stützen.

Doch nicht nur als Schadstoffsenke leistet die thermische Abfallbehandlung einen Beitrag zum Umweltschutz. Es ist grundlegend für unsere Entsorgungsstruktur, dass Abfälle, die nicht rezykliert werden können oder sollen, einen sicheren und sauberen Entsorgungsweg finden. Dass dies nicht selbstverständlich ist, zeigen Bilder der Vermüllung auf der ganzen Welt. Die thermische Abfallbehandlung und die Deponierung (für nicht-organische Abfälle) sind Entsorgungswege, die auch weiterhin sicher und bezahlbar zur Verfügung stehen müssen, wenn wir vermeiden wollen, dass unser Abfall ungewollte Wege geht.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaufordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Energie
Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum
11.07.2025 - 17.10.2025
Drs. 19/8410, 19/8810

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8810 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



ENTH

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt
Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft
01.08.2025 - 06.11.2025
Drs. 19/8424, 19/8813

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8813 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Klimaschutzpolitik auf Kosten der Baubranche?
Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen CO₂-Abgabe auf das bayerische Baugewerbe
Drs. 19/7208, 19/8642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wasserhaushalt schonen – Musterzisternensatzung für Kommunen
Drs. 19/7359, 19/8714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Trinkwasser für alle – Installation von barrierefreien Trinkwasserbrunnen und Refillstationen an allen staatlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr
Drs. 19/7360, 19/8715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU Anforderungen an die Messung ultrafeiner Partikel durch die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie
Drs. 19/7381, 19/8716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bäume statt Hitzeinseln: 100 000 grüne Klimaanlagen für Bayern
Drs. 19/7406, 19/8717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit jedem Schritt besser – die AGFK Bayern macht Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger
Drs. 19/7461, 19/8643 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen I:
Strategie statt Stückwerk – BNE braucht einen konkreten Plan
Drs. 19/7468, 19/8633 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen II:
Mehr Zeit für Projekte einplanen und Finanzierung sichern
Drs. 19/7469, 19/8634 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen III:
Lehrkräfte stärken – Nachhaltigkeit beginnt mit guter Ausbildung
Drs. 19/7470, 19/8635 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen IV:
Global denken, lokal vernetzen – BNE braucht starke Strukturen
Drs. 19/7471, 19/8636 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen V:
Mitbestimmen. Mitwirken. Mitverändern. – Demokratie als Lernziel
der Zukunft fest verankern
Drs. 19/7472, 19/8637 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp,
Johannes Meier u.a. AfD
Reallabore für Bayern: Freiräume für wirtschaftliches Wachstum
und unternehmerische Innovation schaffen
Drs. 19/7521, 19/8648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp,
Johannes Meier AfD
Mittelstandsfreundliches Bayern:
KMU-Bürokratie-Checks für alle neuen und bestehenden Gesetze
Drs. 19/7522, 19/8649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart,
Johann Müller und Fraktion (AfD)
Prüfung der Wirtschaftlichkeit einer bayerischen Abschiebeflotte
Drs. 19/7523, 19/8624 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier,
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Erhöhung der Strafrahmen bei Sexualdelikten
Drs. 19/7562, 19/8625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger,
Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Von Japan lernen und Verantwortung übernehmen:
Schüler an Schulreinigung, Essensausgabe sowie Schulorganisation
beteiligen und Kinderhausmeister einführen
Drs. 19/7582, 19/8638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fortschreibung des Bayerischen Aktionsplans Inklusion
Drs. 19/7614, 19/8622 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten,
Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten
Drs. 19/7616, 19/8645 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Aussitzen mehr: Empfehlungen der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter konsequent und zügig umsetzen!
Drs. 19/7619, 19/8626 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Antrag zur Bekämpfung der steigenden Gewaltdelinquenz junger Tatverdächtiger in Bayern
Drs. 19/7626, 19/8731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!
Drs. 19/7627, 19/8627 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vernichtungssperre für Akten im Zusammenhang mit Cum-Cum-Transaktionen
Drs. 19/7647, 19/8658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Steueranreize für Cum-Cum-Geschäfte beseitigen
Drs. 19/7648, 19/8659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Bargeld schützen – Seriennummern-Tracking gesetzlich begrenzen
Drs. 19/7656, 19/8732 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. und Fraktion (SPD) Beschleunigung der Investitionen für den Ganztagsausbau in der Grundschule
Drs. 19/7657, 19/8760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I: Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen
Drs. 19/7709, 19/8650 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen II: Qualifikation zum Privaten Sachverständigen der Wasserwirtschaft vereinfachen
Drs. 19/7710, 19/8651 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen III: Fortbildung im Bereich der Wasserwirtschaftsämter
Drs. 19/7711, 19/8652 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Blockade bei Stromspeicherausbau beenden – netzdienliche Stromspeicher zulassen
Drs. 19/7716, 19/8653 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer u.a. SPD Städte und Gemeinden als Keimzelle der Demokratie: zurück zur vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Freistaat und Kommunen
Drs. 19/7748, 19/8733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Rolle rückwärts bei Klima- und Energiepolitik:
Tempo machen bei Erneuerbaren, Wärmewende und Infrastruktur
statt Gaskraftwerks-Lobbyismus!
Drs. 19/7755, 19/8654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer,
Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle I –
Ausbau der kindlichen Sprachförderung
Drs. 19/7770, 19/8639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer,
Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle II –
Qualitätskriterien für guten Ganztag festlegen
Drs. 19/7771, 19/8640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle III – Konzept für Unterstützungskräfte an Grund- und Mittelschulen
Drs. 19/7772, 19/8641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Evaluierung des praktischen Nutzens des Saatkrähen-Managements des Landesamtes für Umwelt (LfU) in Bayern
Drs. 19/7799, 19/8718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Kriminalität gegen Tiere und Beschleunigung von Verfahren bei Verstößen gegen das Tierschutzrecht
Drs. 19/7805, 19/8628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erhöhung des Strafmaßes für Tierquälerei und konsequente Tierhaltungs- und Betreuungsverbote für Täterinnen und Täter
Drs. 19/7806, 19/8629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

40. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Situation der Schulbegleitung an Bayerns Schulen
Drs. 19/7815, 19/8623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

41. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Andreas Jurca u.a. und Fraktion (AfD)
Steuerbürokratie abbauen, Unternehmen sowie Finanzverwaltung entlasten – Grenzbetrag zur monatlichen Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung anheben
Drs. 19/7836, 19/8660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

42. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltdiktate nach Vorbild der USA beenden:
Autoland statt Klimaphantasien!
Drs. 19/7904, 19/8655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

43. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Pflegeverträge für ausgemusterte Pferde der polizeilichen Pferdestaffeln
Drs. 19/8081, 19/8734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Futter- und Pflegegeld bei den Hundestaffeln
der Bayerischen Polizei erhöhen
Drs. 19/8083, 19/8735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

45. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn u.a. und Fraktion (AfD)
Zunahme von Vandalismus gegenüber den beiden
christlichen Kirchen in Bayern seit 2015
Drs. 19/8129, 19/8736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

46. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag: Vergrämungsmethoden bei Krähen zur Schadensminderung in der Landwirtschaft
Drs. 19/8151, 19/8719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiterentwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik
Drs. 19/8169, 19/8630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mein Körper, meine Entscheidung:
körperliche Selbstbestimmung für Frauen in Bayern
Drs. 19/8179, 19/8646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback,
Norbert Dünkel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über eine mögliche Anpassung der Höhe des Futter-
und Pflegegeldes für aktive und passive Diensthunde
Drs. 19/8431, 19/8737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------